

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Inserentionspreis: die
kleinstmögliche Zeile 12 Pf. In
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Aussch. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

53. Jahrgang.

Nr. 150.

Sonnabend, den 22. Dezember

1906.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 6. Oktober 1904 beschlossen, die Fünfzigpfennigstücke der älteren Geprägformen einzuziehen zu lassen.

Die Reichsbankanstalten und sämtliche Staatskassen sind angewiesen worden, diese Stücke gegen anderes Geld auf Erfordern umzutauschen. Außerdem werden Münzen der fraglichen Art von den Landesstellen nach Artikel 9 Absatz 2 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 und von den Reichsbankanstalten auf Grund besonderer Anweisung des Reichsbank-Direktoriums in jedem Betrage in Zahlung genommen.

Im Interesse der beschleunigten und vollständigen Einziehung dieser Münzen ergeht hiermit die Aufforderung, von der hiernach gebotenen Möglichkeit, die vorhandenen Bestände an Fünfzigpfennigstücken älteren Gepräges abzugeben, tunlichst Gebrauch zu machen und diese Münzen bei einer Reichsbankanstalt oder bei einer Staatskasse gegen anderes Geld umzutauschen oder in Zahlung zu geben.

Dresden, den 18. Dezember 1906.

Finanzministerium.

Die zur bevorstehenden Reichstagswahl für Schönheide mit Gutsbezirk Carolagrün aufgestellten Wählerlisten liegen vom 27. Dezember 1906 bis mit 5. Januar 1907

an den Wochentagen 8-12 Uhr Vormittags und 2-6 Uhr Nachmittags im Geschäftszimmer Nr. 10 der hiesigen Gemeindeverwaltung zu Jedermanns Einsicht aus.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach Beginn der Auslegung bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls sie nicht auf Notorietät beruhen, beibringen. (§ 3 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag.)

Schönheide, den 20. Dezember 1906.

Der Gemeindevorstand.
Haupt.

Am 20. Dezember war der 4. Termin der diesjährigen Land- und Landeskulturventen fällig. Es wird dies mit dem Bemerkten erinnert, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen achttägigen Frist gegen etwaige Restanten im Wege der Zwangsvollstreckung vorzugehen ist.

Ortssteuereinnahme Schönheide.

Politischer Wochenbericht.

Witten in die stille, friedliche Weihnachtszeit, da bereits Feiertagsstimmung zu herrschen begann und alle Welt mit den Vorbereitungen zu diesem schönsten der Feste beschäftigt war, ist fast wie eine Bombe, möchte man sagen, die Auflösung des Reichstages hineingekracht. An die Stelle des Friedens ist Kampf, an die Stelle der Ruhe Unrast und Arbeit getreten. Aber es ist ein Kampf für hohe Ziele, es ist eine Arbeit, die uns von der pflichtmäßigen Fürsorge für des Vaterlands Wohlfahrt und Würde ausgenötigt worden ist, und deshalb können und wollen wir fröhlichen Mutes in Kampf und Arbeit eintreten. Das deutsche Volk hat durch die Entscheidung in diesem Wahlkampfe zu zeigen, ob es der hohen, überragenden Stellung würdig ist, zu der es im Laufe der letzten Jahrzehnte von der göttlichen Vorsehung emporgelöhrt worden ist. Es gilt in patriotischer Selbstverleugnung alles Kleinliche abzutun, allen Fraktionsgeist und Parteihader zu bannen und den nationalen Gedanken wieder einmal hell und klar vor der ganzen Welt leuchten zu lassen. „Das Vaterland über die Partei!“ das sei unsere Wahlparole. Und wenn wir uns im Lichterglanz des Christbaumes mit neuen Ewigkeitsgedanken erfüllen und erneute Gelübde ablegen, so sei auch dieses darunter, daß wir alle Kraft aufwenden wollen, die heiligsten Güter unseres Volkes zu schützen. Auch des Vaterlandes Dienst ist ein Stück Gottesdienst. Aus weisem Munde stammt das Wort, daß derjenige, der sich am tiefsten und innigsten in das Jenseits versenke, auch für die Aufgaben des Diesseits am tüchtigsten und geschicktesten werde. Möge Gott geben, daß auch das bevorstehende Weihnachtsfest uns für die Kämpfe, die unser warten, mit neuer Himmelskraft wappne.

Das Zustandekommen der österreichischen Wahlreform scheint nun doch noch gesichert zu sein. Die Regierung hat am 14. Dezember dem Herrenhause eine Vorlage übermitteln, die einen aussichtsreichen Kompromißvorschlag enthält. Baron Beck nimmt die Forderung des numerus clausus an und schlägt seinerseits als Höchstziffer für die lebenslänglichen Herrenhausmitglieder die Zahl 180 vor. Grundbedingung für diese Begrenzung des numerus clausus an das Herrenhaus ist freilich die unveränderte Annahme der Wahlreform und der gänzliche Bruch mit allen Pluralitätsplänen im Oberhause. Es spricht vieles dafür, daß das Herrenhaus diesen Vermittlungsvorschlag annimmt, zumal der Krone ja immer noch als letzte, schärfste Waffe der Vatersaub bleibt. Alles in allem ist es also immer noch möglich, daß die Wahlreform nach dem Wunsche des Kaisers ein Weihnachtsgeschenk für die Völker Österreichs wird.

In der italienischen Deputiertenkammer gab der Minister Tittoni eine Darlegung der auswärtigen Politik Italiens und hielt eine lange, von wiederholtem Weisfall des dichtbesetzten Hauses unterbrochene Rede, die sich vorwiegend mit der Stellung Italiens im Dreibund beschäftigte. „Es ist für mich ein glücklicher Umstand“, sagte der Minister, „daß meine Ausführungen denen des Fürsten Bülow und des Freiherrn von Aehrenthal auf dem Fuße folgen können. So kann ich mich voll und herzlich der ebenso warmen wie wirksamen Verteidigung, die sie dem Dreibund haben zuteil werden lassen, anschließen. Der Dreibund wird nach wie vor die Basis unserer Politik sein, ihm wollen wir treu bleiben. Diese ausdrückliche Versicherung möge als Beweis dafür genügen, daß diejenigen sich täuschen, die von Zeit zu Zeit auf bloßen Anschein hin die Schwächung des Dreibundes feststellen zu können behaupten und sein nahes Ende voraussagen.“ Die Ausführungen Tittonis werden auch in Deutschland mit ungeteilter Freude begrüßt werden, brechen sie doch auch der neuerdings wieder, namentlich in sozialdemokratischen Wahlversammlungen hervorgetretenen Behauptung von einer Isolierung Deutschlands die Spitze ab.

Die französische Regierung hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Trennung von Staat und Kirche im Hinblick auf den Widerstand der katholischen Kirche gegen das Trennungsgesetz neu

regeln soll. Der Kern dieses Gesetzentwurfs ist die Aufhebung fast aller materiellen Vorteile, die das Trennungsgesetz der Kirche bot. Das ganze Kirchengebiet fällt weltlichen gemeinnützigen Anstalten anheim, die der Kirche dauernd oder noch auf Jahre hinaus angebotene Ueberlassung der geistlichen Wohngebäude und Seminarien macht deren sofortigen Heimfall an ihre Eigentümer Platz. Endlich trifft der Entwurf gegen 30000 Geistliche mit der Bestimmung, daß ihnen die nach dem Trennungsgesetz zustehenden Unterstüzungen für den Fall entzogen werden, daß der kirchliche Bezirk, in dem sie ihres Amtes walten, sich für die Ausübung des Kultus nicht in der einen oder andern Weise den gefällig dafür vorgeschriebenen Formen anpaßt. Ob freilich dieser neue Gesetzentwurf dem Kampfe der Kirche gegen die neue Ordnung der Dinge ein Ende setzen wird, erscheint mehr als fraglich.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ ist wieder in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Berlin ausgebeutet worden. Ein Redner äußerte: „Gefühl für nationale Würde, nationale Ehre verlangt man nun vom deutschen Arbeiter, den man so lange als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet!“ Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ stellt demgegenüber fest, daß den Versammelten hiermit eine „zynische Unwahrheit ins Gesicht geworfen“ worden sei. Niemand hat den deutschen Arbeiter als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet, am allerwenigsten der Kaiser, auf den der Satz natürlich gemünzt war. Gerade der Kaiser hat immer daran festgehalten, daß die Gesinnung einer bestimmten Klasse sozialdemokratischer Agitatoren nicht die Gesinnung der deutschen Arbeiter ist. Wie könnte es auch anders sein, da doch zahlreiche Söhne deutscher Arbeiter gegenwärtig für die Ehre des Reiches in Südwestafrika kämpfen, wie ihre Väter vor Metz, Sedan und Paris gekämpft haben!

— Der 20000 Mitglieder zählende Verband der evangelischen Arbeiter-Vereine von Rheinland-Westfalen beschloß in Dortmund, um jede Zersplitterung der nationalen Stimmen bei den Reichstagswahlen zu vermeiden, von eigenen Kandidaturen abzusehen.

— Berlin, 18. Dezember. Die Bahn Kubub-Reetmanshoop, schreibt der „Reichsbote“, wird nicht ohne Genehmigung des Reichstages gebaut. Es liegt zwar der Beschluß der Budgetkommission vor, aber das Zentrum hat auch hier der Regierung wieder den Knäuel zwischen die Beine geworfen durch seinen besonderen Antrag. Die Regierung wird dem Zentrum nicht den Gefallen tun und die Bahn bauen, weil sonst diese Partei das Land mit dem Hinweis auf die Verletzung des Budgetrechtes durch die Regierung aufheben würde.

— Berlin, 19. Dezember. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Annahme, die Regierung plane eine zweite Auflösung des Reichstages, ist gründlich verkehrt. Die erste Auflösung ist ja gerade im Vertrauen auf die Nation erfolgt. An der Nation ist es, dies Vertrauen zu rechtfertigen.

— Berlin, 20. Dezember. Die „N. A. Z.“ schreibt unter der Ueberschrift: Partei der Nichtwähler! Nur ein paar Zahlen! Bei den Wahlen im Jahre 1903 blieben über 25 Prozent der Wahlberechtigten von der Urne fort. Die Partei der Nichtwähler machte also den vierten Teil aller Wähler aus. Sie verfügte über mehr als drei Millionen Stimmen, war also stärker als die Dreimillionenpartei, die Sozialdemokratie. Die Partei der Nichtwähler rekrutiert sich nicht aus der Sozialdemokratie, auch nicht aus dem Zentrum. Soll der Reichstag besser werden, so muß diese Partei verschwinden. Ihre Stimmen gehören der Minorität vom 13. Dezember.

— Rußland. Die Petersburger Polizei ermittelte eine

Militärorganisation der Sozialdemokratischen Partei und nahm über hundert Verhaftungen vor.

— England. Der Gesetzentwurf für den Bau eines Untersee-Tunnels zwischen Frankreich und England unter dem Kermelkanal ist im Parlament eingebracht worden. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf achtzehn Millionen Pfund Sterling. Der Tunnel soll zur Hälfte englischerseits und zur andern Hälfte französischerseits gebaut werden, nachdem die Parlamente der beiden Staaten den Gesetzentwurf gebilligt haben.

— London, 20. Dezember. Chamberlain hat seit seinem 70. Geburtstag, bei dessen Feier zu große Anforderungen an seine körperliche Leistungsfähigkeit gestellt wurden, sein Gedächtnis völlig verloren und erinnert sich an nichts mehr. In anderer Beziehung ist er völlig frisch.

— Der englische Kriegsminister Dalme hat nach dem „Standard“ jetzt Vorschläge ausgearbeitet zur Schaffung einer britischen „Nationalarmee“, welche die Stelle der gesamten bisherigen Halbstreitkräfte einnehmen soll. Die in diese neue Truppe eintretenden Leute dienen sechs Jahre als Freiwillige und können sich während dieser Zeit für einen zwei Jahre nicht übersteigenden Zeitraum zum aktiven Dienst in die reguläre Armee einstellen lassen. In allen militärischen Hauptplätzen sollen besondere Unterrichtsanstalten errichtet werden, in denen die Offiziere der neuen Truppen ihre technische Ausbildung erlangen können.

lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 21. Dezember. Der in dem Untersuchungsgefängnis in Zwickau inhaftierte Darlehnsfischwinder Erich Kiedel unterhielt bis zum Herbst 1905 in Kiel, seitdem in Leipzig, Weststraße 27, ein einträgliches Geschäft dadurch, daß er kleinen Leuten, die mangels anderer Sicherheit auf ihre Haushaltungsgegenstände Darlehn aufzunehmen wünschten, solche in Aussicht stellte, ihnen zunächst mehrere Male sog. Vorpfafen abnahm und hinterher die Darlehnsgegenstände durch Veräußerung durch Aufstellung unerfüllbarer Bedingungen geflistentlich hinauszog, sodas die Darlehnsnehmer schließlich davon abließen mußten, ohne ihre vorausgabten Spesen zurückzuerhalten. Außerdem suchte er Leute zu gewinnen, die als Agenten sein Treiben unterstützten und ihm ständig neue Kunden zuführten. Da Kiedel überall sein Unwesen zu treiben suchte, so dürften sich auch in unserer Gegend einige Opfer befinden. Etwa hier wohnhafte Personen, die von Kiedel in der beschriebenen Weise geschädigt worden sind, mögen sich an Ratsstelle hier melden und dort nähere Angaben über die Art und den Umfang des Betruges zu Protokoll erklären, damit der Staatsanwaltschaft die Feststellungen erleichtert und die Erhebungen möglichst umfassend werden.

— Schönheide, 18. Dezember. Der in der Nacht zu heute eingetretene Raufrost hat auch hier so viel Eis angelegt, daß an vielen Bäumen Äste abgebrochen, zahlreiche Telegraphen- und Fernsprech-Drähte abgerissen und abgebrochen sind. Der Fernsprechverkehr ist fast gänzlich zerstückt. In Schönheide sind außerdem noch viele Leitungsdrähte zum elektrischen Licht abgerissen worden.

— Chemnitz, 20. Dezember. Infolge des andauernden nebligen Wetters haben die Störungen in den Fernspregleitungen trotz der angestrengtesten Tätigkeit aller im Bezirk der Ober-Postdirektion Chemnitz vorhandenen Telegraphenbaukolonnen noch erheblich zugenommen. An vielen Orten ist der Raufrost in einer noch nie erlebten Stärke ausgegetreten. Zahlreiche Telegraphenbaukolonnen aus den Nachbarbezirken Leipzig, Dresden, Erfurt und Halle sind zur Hilfeleistung herangezogen worden, so daß zurzeit 52 Baukolonnen mit etwa 700 Arbeitern mit der Wiederherstellung der zerstückten Linien beschäftigt sind. Immerhin wird — namentlich, wenn nicht bald bessere und zimmerere Witterung eintritt — einige Zeit vergehen, ehe der Fernsprechverkehr an den von der Verheerung betroffenen Ver-